

für den kommenden Winter gerechnet werden muß. Es ist deshalb notwendig, daß wir mit den grundsätzlichen Forderungen, die wir an die Reichsregierung zu stellen haben, etwas anderes verbinden, die Frage, inwieweit für Lübeck baldmöglichst für Abhilfe gesorgt werden kann. Deshalb haben wir denselben Weg beschritten, der auch in andern Städten und Staaten schon beschritten worden ist, den Weg, daß man diese Frage einmal durch eine Kommission prüft. Nun will ich darauf hinweisen, daß in einer ganzen Reihe deutscher Mittelstädte, Großstädte und kleiner Städte dieser Frage bereits nähergetreten ist. Die Zahl dieser Städte ist bereits derartig groß, daß ich nicht mehr versucht habe, alle einzelnen zu notieren. Ich habe dabei angefangen, habe aber bald damit aufgehört, weil es zu viele wurden. Das beweist mir, daß man die Situation richtig erkannt hat, und daß man dort gewillt, ja gezwungen ist, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, in diesem Sinne zu wirken. Man hat in einer Reihe von Gemeinden Kartoffeln in großen Mengen eingekauft, die man dann zum Selbstkostenpreise wieder abgegeben hat. Der Staat soll in diesem Falle Unkosten nicht haben. Wenn große Quantitäten Kartoffeln gekauft werden, wird die Fracht dazugeschlagen, und die Ware dann zum Selbstkostenpreise abgegeben werden müssen. Es handelt sich also dabei lediglich um den Vertreibungsmodus, denn der Preis der Kartoffeln ist leicht festzusetzen. Verdienen soll der Staat nichts. Ich bin überzeugt, daß die Kartoffeln dann zu einem billigeren Preise werden abgegeben werden können, als das heute der Fall ist. Und ähnlich liegt die Sache heute in bezug auf das Gemüse und die Beschaffung billigen Fleisches. Soweit das letztere in Frage kommt, haben in einzelnen Städten die Schlachter und Fleischer sich zusammengetan und gesagt, unter diesen Umständen können und wollen wir nicht zugeben, daß man schließlich unser Gewerbe schädigt, wir sind bereit, nach dieser Richtung auf Grund einer Verständigung untereinander bei der gegenwärtigen Teuerung und Not das Fleisch zum Selbstkostenpreise abzugeben. Das ist in mehreren Städten bereits geschehen, und ich würde mich freuen, wenn unsere Anregung mit dazu beitragen würde, daß auch die hiesigen Schlachtermeister einen ähnlichen Weg gehen würden. Wir können uns aber auf die Privatinitiative nicht verlassen, und aus dem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß die Sache von einer gemeinsamen Kommission des

Senates und der Bürgerſchaft geprüft werden möge.

Nun werden Sie einwenden können, die Annahme des Antrages habe keinen Wert mehr, nachdem bereits am letzten Mittwoch im Bürgerausschuß der Antrag von Herrn A. Bape angenommen worden ist, durch den der Senat ersucht wurde, beim Bundesrat dafür einzutreten, daß alsbald wirksame Maßnahmen zur Linderung der bereits eingetretenen und sicher noch steigenden Lebensmittelsteuerung ergriffen werden und zweitens nötigenfalls selber solche Maßnahmen zu ergreifen. Soweit ich informiert bin, ist diesem Ersuchen, wenn auch nicht einstimmig, so doch mit Mehrheit zugestimmt worden. Man hat im Bürgerausschuß auch die Notwendigkeit erkannt, daß irgendwelche Schritte unternommen werden müßten. Ich meine, da dürfte es zweckmäßig und ratsam sein, wenn der Weg, der beschritten werden soll, vorgezeichnet wird. Das geschieht aber durch den Antrag des Herrn A. Bape nicht. Herr Bape spricht nur von wirksamen Maßnahmen. Man kann darüber sehr geteilter Meinung sein, und es kommt hier auf die Auffassung an. Unter Umständen wird ein agrarisch Gesinnter sagen, wirksame Maßnahmen seien die, daß man für eine Ermäßigung der Frachttaxe für bestimmte Sachen eintrete. Das ist ein Mittel zum Zwecke, aber das allein ist nicht ausreichend. Aus dem Grunde glaubten wir, trotzdem der Antrag von Herrn A. Bape im Bürgerausschuß angenommen wurde, daß es notwendig ist, die Bürgerſchaft in der von uns beantragten Form zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Das ist geschehen, und Sie können getroßt unserm Antrage zustimmen, der mit dazu beiträgt, daß nach dieser Richtung etwas unternommen wird; damit getan wird, was in unserm Staatswesen irgendwie getan werden konnte, so daß wir nicht müßig und untätig gewesen sind. Ich bitte Sie, in diesem Sinne unserm Antrage zuzustimmen. Ich bitte Sie ferner, dabei zu bedenken, daß es sich hier in der Hauptsache um diejenigen handelt, die nicht glänzend gestellt sind und die schwer genug zu ringen und zu kämpfen haben. Diesen Kampf ums tägliche Dasein sollten wir ihnen erleichtern, mindestens sollten wir dafür sorgen, daß ihnen der Kampf nicht dadurch erschwert wird, daß wir untätig zusehen, wie alles teurer wird, indem daß unsererseits nichts geschieht. Ich bitte Sie, meinem Antrage möglichst einstimmig zuzustimmen. (Bravo.)